GROSSER RAT

Oktobersession 2025 2025-132

Auftrag Menghini-Inauen betreffend Sicherung der dezentralen Zollstrukturen und der Grenzsicherheit im Kanton Graubünden

Die Standesinitiative (Auftrag Hitz-Rusch) von 2017 forderte den gezielten Ausbau des Grenzwachkorps. Stattdessen wurde der Personalbestand des Bundesamts für Zoll und Grenzsicherheit (BAZG) in Graubünden von 64 auf nur noch 55 Stellen reduziert – trotz der sicherheitspolitischen Bedeutung des Grenzraums. Dieser Rückbau erfolgt im Rahmen des bundesweiten Transformationsprojekts DaziT, das eine digitale und strukturelle Neuausrichtung des BAZG vorsieht. Die fortschreitende Zentralisierung und der damit verbundene Personalabbau führen zu einer spürbaren Schwächung der staatlichen Präsenz in Graubündens Grenzregionen. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung wird geschwächt, die Zuverlässigkeit und Qualität der Zollabfertigung sinkt infolge fehlender Kontrollkompetenz vor Ort und der Einsatz mobiler Patrouillen führt zu längeren Reaktionszeiten.
Gleichzeitig verfolgt der Bund mit dem Projekt «Entflechtung 27» eine Neuregelung der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Dies betrifft auch den Bereich Grenzschutz und es droht eine operative Lücke. Im Kanton Graubünden mit über 430 km Landesgrenze und sicherheitspolitisch sensiblen Übergängen besteht das Risiko, dass diese Besonderheiten unzureichend berücksichtigt werden und dezentrale Strukturen noch mehr unter Druck geraten. Diese Entwicklung erfordert eine klare, koordinierte und vorausschauende Positionierung des Kantons gegenüber dem Bund in Bezug auf ein dezentral aufgestelltes und reaktionsschnelles Sicherheitsdispositiv im Grenzraum, das den topografischen Gegebenheiten Rechnung trägt.

Die Regierung wird deshalb beauftragt, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeit frühzeitig, aktiv und koordiniert auf allen politischen und behördlichen Ebenen für die Sicherung der dezentralen Zollstrukturen und der Grenzsicherheit einzusetzen. Insbesondere soll die Regierung:

1. sich gegenüber dem Bund (BAZG, EFD, zuständige parlamentarische Kommissionen) dezidiert gegen weitere Zentralisierungen und Personalabbau von Zoll und Grenzsicherheit im Grenzraum aussprechen und den spezifischen Bedarf Graubündens aufzeigen;
2. sich für eine differenzierte Umsetzung des Projekts DaziT einsetzen, welche die topographischen, sicherheitspolitischen und regionalwirtschaftlichen Besonderheiten des Kantons berücksichtigen und dezentrale Strukturen stärkt;
3. sich im Rahmen der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren KKJPD und des Projekts «Entflechtung 27» für die Wahrung der kantonalen Interessen hinsichtlich der sicherheitspolitischen Ausgestaltung der Grenzräume und der grenzpolizeilichen Präsenz und Interventionsfähigkeit im Rahmen der Verwaltungsvereinbarung einzusetzen;
4. bei den zuständigen Stellen des BAZG darauf hinwirken,
   a) dass am Zollstandort Müstair sowie an den weiteren Zollposten im Kanton eine auf die Bedürfnisse der regionalen Wirtschaft zugeschnittene Zollabfertigung gewährleistet ist;
   b) dass die Überführung in den regulären Bereich des Pilotprojekts auf der Ofenpass-Achse (Einsatz mobiler Patrouillen für die Zollabfertigung) nochmals kritisch überprüft wird;
5. dem Grossen Rat einmal pro Legislatur Bericht erstatten über Entwicklungen im Bereich Zoll und Grenzsicherheit sowie über die Wahrung der kantonalen Interessen gegenüber dem Bund.

Chur, 22. Oktober 2025

Menghini-Inauen, Michael (Castasegna), Lamprecht, Adank, Bärtsch, Bavier, Berweger, Binkert, Brandenburger-Caderas, Brunold, Bundi, Candrian (Flims Dorf), Casutt, Censi, Cortesi, Crameri, Crüzer, Della Cà, Dürler, Furger, Gort, Grass, Heim, Jochum, Koch, Krättli, Lehner, Mani, Metzger, Padrun, Righetti, Roffler, Sgier, Thür-Suter, Zanetti (Sent)